

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	9. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	03./04.03.2015, 09:00 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Antrag Nr. 116 (S. 206): Liga Freier Wohlfahrtspflege - Erhöhung Zuschuss (Die Linke)

Antrag Nr. 117 (S. 206): Liga Freier Wohlfahrtspflege - Erhöhung Zuschuss (SPD)

Antrag Nr. 118 (S. 206): Liga Freier Wohlfahrtspflege - Erhöhung Zuschuss (CDU, GfK)

Jetzt steht bei mir auf dem Zettel, dass hier noch einmal eine neue ergänzende Tischvorlage verteilt wurde. Vielleicht kann der Fachdezernent noch drei Sätze dazu sagen. Vorab will ich noch darauf hinweisen, dass Frau Stadträtin Fischer sich bei Antrag Nr. 116 - 118 als befangen erklärt hat. Herr Bürgermeister Lenz zu dieser Liste.

Der Vorsitzende: Ich habe hier einen Sprechzettel, dass ich das Wort erteilen soll für eine Tischvorlage. Ich weiß nicht welche.

(**Herr Deck** weist den Vorsitzenden auf die Tischvorlage hin, die aufgelegt wurde.)

Das ist die Tischvorlage - wir haben es geklärt -, wo noch einmal alle Zuschüsse draufstehen. Wir wollten Ihnen nur noch einmal einen Überblick geben, wenn wir jetzt in pauschale Zuschusssteigerungen für die einzelnen Träger kommen, was das dann alles betrifft. Nur dass Sie sich über die Tragweite dieser Anträge einfach im Klaren sind, so war es zu verstehen. Dann haben wir das schon mal geklärt. Ich darf jetzt die Anträge Nr. 116, 117 und 118 aufrufen, pauschale Zuschusserhöhungen der Liga Freier Wohlfahrtspflege. Wer möchte dazu reden.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir sehen es dieses Mal schon für notwendig an, das große Spektrum, das die Freien Träger in den letzten Jahren geschultert haben und für diese Stadt auch eingebracht haben, so zu erhöhen, dass zumindest ein Teil der Lohn- und der Mietsteigerungen ausgeglichen werden kann. Dies heißt für uns ganz klar, es ist kein Automatismus, der jetzt automatisch so weiterläuft, sondern wir möchten in den Jahren 2015 und 2016 jetzt mal wieder ein neues Fundament für die Freien Träger schaffen, dass die Arbeit und die Aufgaben, die sie auch zum Teil für die Stadt Karlsruhe übernehmen, weitergeführt werden kann.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich kann nur eine kurze Ergänzung vornehmen. Wir schließen uns erst mal natürlich an. Bei den Summen unterscheiden wir uns doch ein bisschen. Dann sieht man dann nachher auch in der Abstimmung. Irgendwo werden wir uns treffen. Oftmals ist es so, dass Angebote beibehalten werden, dass wir im Gemeinderat uns auch alle einig sind, dass wir sie beibehalten wollen, aber dass wir nachvollziehbare Kostensteigerungen eben nicht mittragen können im Sinne einer Haushaltskonsolidierung. Diesen Antrag möchte ich gerne als ein Signal verstanden haben, dass wir so etwas nicht jahrelang zu Lasten der Träger machen können. Wenn wir sagen, wir können langfristig solche Angebote nicht finanzieren, dann müssen wir uns im Rahmen einer Konsolidierung mit den Trägern an einen Tisch setzen und überlegen, welche Angebote würden wir dann reduzieren wollen. Wir wollen allerdings nicht, dass Sparmaßnahmen immer wieder zu Lasten derer geschehen, die die Angebote für uns bereitstellen, die Angebote für uns leisten und auch zu Lasten derer Arbeitnehmer, wenn solche Steigerungen zumindest von uns nicht anerkannt werden. Deswegen dieses Signal. Wir haben auch in etwa ausgerechnet, was bedeutet so ein Antrag, wenn wir doch die gestiegenen Personalkosten abgebildet haben wollen, ungefähr 42.000 Euro. Darauf sind wir jetzt gekommen, um es auch im Haushalt besser darstellen zu können, auf die zwei Jahre verteilt. Das ist kein Optimum, aber es ist ein Einstieg.

Zur Anlage möchte ich ganz kurz sagen, dass bei bestimmten Titeln am Rand der Hinweis gegeben ist, es ist hier durch einen Antrag nicht erledigt, aber ein Antrag ist erfolgt, und deswegen wurde die Erhöhung bei denjenigen mit einbezogen. Manche dieser Anträge wurden jetzt heute abgelehnt, d. h. die kämen dann natürlich trotzdem zum Zug, unabhängig von dieser Liste. Die müsste angepasst werden bei dem Ergebnis, bei dem wir uns dann treffen. Insofern hoffe ich auf eine Zustimmung und freue mich auch über das breite Bündnis von der Linken hin zur CDU und über die Akzeptanz, dass wir hier eine Erhöhung vornehmen müssen.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Wie Sie der Antragsübersicht entnehmen konnten, haben wir zu dem Themenbereich keinen Erhöhungsantrag gestellt. Das ist sicherlich erläuterungsbedürftig, weil auch wir die Arbeit, die die Liga der Freien Wohlfahrtsverbände in Karlsruhe leistet, sehr schätzen. Wir sind aber nach längerer Diskussion, es war keine einfache Diskussion, in unserer Fraktion darüber übereingekommen, dass wir auch im Sozialbereich uns das mal angucken müssen, welche Projekte, die wir in der Förderung haben, sind noch zielgerichtet genug, welche Projekte brauchen vielleicht eine Neukonzeption, wo müsste man sowieso ein anderes Antragssetting machen. Wir möchten deshalb nicht pauschal eine Erhöhung in diesen Bereich geben, genauso wenig wie wir pauschal kürzen wollen. Das wird morgen noch mal zum Tragen kommen, wenn es um unseren Antrag der Globalen Minderausgabe geht, wo wir den Sozialbereich z. B. von der Pauschalkürzung ausgenommen haben.

Wir möchten diese Evaluation, die wir sowieso in den nächsten Jahren machen müssen, wenn wir uns die mittelfristige Finanzplanung angucken, damit verbinden, dass bei Projekten, wo wir feststellen können im Sozialbereich, dass diese nicht mehr so ganz passen und es dort eine neue Antragstellung gibt, dass wir dann selbstverständlich bei diesem Neuantrag das aktuelle tarifliche Gefüge mit berücksichtigen müssen, also dann selbstverständlich die Lohnkosten voll angerechnet werden müssen. Aber pauschal wol-

len wir das nicht. Deswegen haben wir jetzt keinen Antrag gestellt und werden auch die Anträge, die jetzt anhängig sind, ablehnen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wenn die Stadt diese Arbeit machen müsste mit ihren Leuten, wäre es entsprechend teurer geworden. Diese Erhöhung wird eben den freien Trägern nicht gewährt. Deswegen geht es eigentlich nicht um eine Erhöhung, sondern es geht einfach nur um eine Tarifierung, wobei die noch flach ausfällt. Aus diesem Grunde sind wir dabei gewesen, diesen Antrag zu stellen. Man kann natürlich diese Aufgabenkorrektur vornehmen, welche Arbeiten wollen wir weiterhin haben, aber nicht einfach die freien Träger stillschweigend sozusagen verhungern lassen und dann hinterher jammern, dass es die Arbeit nicht mehr gibt.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Aus unserer Sicht geht es jetzt nicht darum, Zuschüsse zu erhöhen, sondern die Arbeit auf dem notwendigen geringsten Niveau zu gewährleisten. Was bei so einer Bestandsaufnahme herauskommt, das kann man jetzt schon sagen. Es wird dabei herauskommen, dass die Zahl der Bedürftigen, der Inanspruchnehmer von diesen Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege, ständig zunehmen wird. Die prekären Lebenslagen, die soziale Not usw., die Bedarfe von Kindern und Menschen mit Migrationshintergrund und anderen nehmen einfach zu. Das weiß man heute schon und das wird sich auch nicht ändern. Insofern sind eigentlich noch über sehr viel höhere Beträge zu diskutieren. Das was wir als Linke jetzt vorschlagen, halten wir so für das Minimum.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine Wortmeldungen mehr. Dann würde ich an die Abarbeitung der Anträge gehen. Ich habe Sie jetzt so verstanden, vor allem Sie, Frau Stadträtin Melchior, dass wir bestimmten Zuschussbeziehern schon Erhöhungen im Laufe der Haushaltsberatungen zugestanden haben. Denen würden wir aus meinem Verständnis heraus nicht noch einmal eine Zuschusserhöhung geben. Bei bestimmten anderen ist bisher eine Zuschusserhöhung hier abgelehnt worden. Die würden dann über diese Regelung natürlich trotzdem zu einer Zuschusserhöhung kommen, falls wir uns eben auf diese 5,4, 2,6 oder 2,2 % ihrer jeweiligen Summen einigen. Nur dass wir uns hier über die Umsetzung im Klaren sind.

Ich fange mit dem weitest reichenden Vorschlag an, das ist der der Linken. Da geht es um eine generelle Zuschusserhöhung im Wert von 5,4 %. Da bitte ich jetzt um das Karntenzeichen. - Da sehe ich nur 2, die dem zustimmen. Der Rest ist **Ablehnung**.

Dann kommt der Antrag der SPD, da geht es um 120.000 Euro pro Jahr. Das entspricht 2,6 % Zuschusserhöhung pauschal. Da haben wir jetzt die 9 von der SPD und 2 von den Linken. Das reicht auch nicht für eine Mehrheit, damit **abgelehnt**.

Jetzt kommen die Anträge von CDU und Gemeinsam für Karlsruhe, 100.000 Euro, das entspricht 2,2 % generelle Zuschusserhöhung. - Da müssen wir auszählen. Es dürfte eine Mehrheit für diesen Antrag sein. - 14 Nein-Stimmen. Das ist eine deutliche Mehrheit dafür. Damit haben wir dem Antrag der CDU und Gemeinsam für Karlsruhe **zugestimmt**.

(...)